



Relaunch bei Radio L

Die neuen Sendeformate, die Michel Erismann in die Wege leitete, laufen ab heute auf dem Staatssender. 5

Keine einfache Zeit

Die Mason Privatbank schreibt im ersten Halbjahr einen Verlust von 2,4 Millionen Franken. 21



Private Unternehmen sehen sich benachteiligt

35 Millionen Franken Schadenersatz fordern private Transportunternehmen, die sich zur Interessensgemeinschaft Personentransport zusammengeschlossen haben, von Postauto Schweiz und Liemobil. Die Unternehmen der IG beklagen, dass durch Trickereien der Postauto Schweiz und falsche Ausschreibungen der Liemobil für das Betreiben von Buslinien wie Schülertransporte für sie keine Chancen bestehen, da diese günstiger offerieren können. Das sei möglich mittels Querfinanzierungen und zu tief angesetzten Dieselpreisen.

Darum fordert die Interessensgemeinschaft, das Submissionsverfahren abzubrechen. Denn derzeit ist die neue Vergabe des Liniennetz-Betriebs ausgeschrieben und am 21. September sei die Offert-Öffnung. Die IG hat Anzeige bei der Liechtensteiner Staatsanwaltschaft erstattet und auch an die Überwachungsbehörde Efta. (red) 7

Sapperlot

Es sollte ein gemütlicher Ausritt werden. Die Feierabendrunde führte durch ein idyllisches Wäldchen. Doch dann passierte es. Hinter einer Holzbeige versteckte sich ein Spaziergänger mit Hund. Weder ich noch mein Pferd sahen im Voraus, wie sie dahinter verschwanden. Als wir an derselben Stelle waren, bellte der Hund los und mein Pferd erschrak sich fürchterlich und sprang zur Seite. Wie versteinert startete er die zwei Gestalten an und sein Herz pochte heftig gegen meine Schenkel. Es dauerte eine Weile, bis er sich beruhigte. Liebe Spaziergänger, Hündler und alle, die in der Natur unterwegs sind. Bitte versteckt euch nicht vor den Pferden. Sie sind Fluchttiere, und indem man sich hinter Büsche oder Holzbeigen verzieht, verhält man sich genauso wie eines. Dementsprechend reagiert das Pferd. Bitte geht euren Weg ganz normal weiter. Dann sehen die Pferde, was auf sie zukommt, und alles ist in Ordnung - schliesslich sind die Tiere mit allem Möglichen, was ihre Wege kreuzt, vertraut. *Melanie Steiger*

Die Meinungen waren schon früh gemacht

Für 54 Prozent war von Anfang an klar, dass sie zur S-Bahn Nein sagen werden.

Patrik Schädler

Liechtenstein hat am Sonntag zu den Vorlagen HalbeHalbe, doppelte Staatsbürgerschaft und S-Bahn deutlich Nein gesagt. Für die Mehrheit war ihr Stimmentscheid aber von Anfang an klar. Dies geht aus der Blitzauswertung der Abstimmungsumfrage hervor, welche das «Vaterland» in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein-Institut durchgeführt hat. Insgesamt konnten 1471 gültige Teilnahmen von Stimmberechtigten registriert werden. Damit konnten auch bei der dritten Online-Abstimmungsumfrage repräsentative Werte ermittelt werden.

Erneut zeigt sich, dass bei Sachabstimmungen der Grossteil der Meinungen schon «von Anfang an» gemacht ist. Zwar kann der genaue «Anfang» bei solchen Umfragen nicht erfragt werden, aber es ist doch ein Indiz dafür, dass sich die Mehrheit trotz

Pro- und Contra-Kampagnen nicht mehr umstimmen lässt. Bei der S-Bahn war für 54 Prozent der Befragten, welche mit Nein stimmten, dies schon von «Anfang an klar», für 29 Prozent «mehrere Wochen vor der Abstimmung» und nur 17 Prozent gaben an, dass sie sich erst kurz vor der Abstimmung entschieden.

Noch deutlicher war dies bei der Abstimmung über die Verfassungsinitiative HalbeHalbe. Hier wussten schon 79 Prozent von Anfang an, dass sie ein Nein in die Urne werfen werden. Bei der doppelten Staatsbürgerschaft waren es 68 Prozent.

Alter und Geschlecht hatten keinen Einfluss

Etwas überraschend ist, dass bei allen drei Vorlagen die soziodemografischen Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Ausbildung keinen Einfluss auf die Entscheidung hatten. Alle drei Vor-

lagen wurden von Frauen und Männern etwa gleich stark abgelehnt. Auch bei den verschiedenen Altersklassen zeigt sich kein signifikanter Unterschied. Es gab bei keiner Vorlage den Effekt, dass etwa die älteren Semester eine Vorlage ablehnten und die jüngeren Altersgruppen zustimmten.

Auch bei der Unterscheidung nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung zeigt sich ein sehr homogenes Bild. Einzig Personen mit einer akademischen Ausbildung haben allen Vorlagen etwas stärker zugestimmt. Der interessanteste Punkt der Umfrage sind aber auf jeden Fall die Gründe, welche jeweils zur Zustimmung oder Ablehnung geführt haben. 2, 3

Hinweis

Die Blitzauswertung der Abstimmungsumfrage gibt es im Internet unter: vaterland.li/428576

Noch nicht alles ist ausdiskutiert

Die Abstimmung ist zwar vorbei, aber ganz vom Tisch sind die Themen noch nicht. Denn gestern diskutierten die Parteipräsidenten das Resultat wie auch die weiteren Aussichten für die Zukunft auf Radio L. Obwohl die Initiative HalbeHalbe an der Urne mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wurde, bleibt die Thematik weiterhin Bestandteil der politischen Agenda, da sind sich alle einig. Bezüglich der S-Bahn hat die Politik Klarheit und alle sind gefordert, eine neue Lösung zu finden, denn der öffentliche Verkehr werde gebraucht. Der Abstimmungskampf war überladen gewesen und darum sei die doppelte Staatsbürgerschaft untergegangen und wichtige Personen hätten sich zu wenig dafür eingesetzt. (red) 4

Fortbildungspflicht für Ärzte ist erschwert

Die Liechtensteiner Ärzte können derzeit nur schwer ihrer Fortbildungspflicht nachkommen, obwohl sie im Sinne der Qualitätssicherung dazu verpflichtet sind. Gegenwärtig müssen Ärzte in einem jeweils drei Jahre umfassenden Evaluationszeitraum insgesamt 150 Punkte in Weiterbildungen sammeln. Das ist nun alles andere als einfach, denn wegen der Coronapandemie sind viele Tagungen, Kongresse oder Workshops abgesagt. Onlinealternativen eignen sich nur begrenzt. (red) 5

Nations League: Vorbereitung auf San Marino hat gestartet



Überraschungsgast auf der Ruggeller Widau war gestern Marcel Büchel. Dieser möchte am Mittwoch ins Mannschaftstraining einsteigen, wogegen auch Trainer Helgi Kolvidsson nichts hätte. Insbesondere, weil sich Martin Büchel in Quarantäne befindet und die Zürcher Behörden über das weitere Vorgehen entscheiden. 15

Bild: Eddy Risch

WHO: Regierungen sollen zuhören

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Regierungen aufgerufen, auf Demonstrationen gegen staatliche Coronamassnahmen mit Besonnenheit zu reagieren. Die Regierungen sollten nicht überreagieren. Gerade jetzt komme es darauf an, nicht noch mehr Spaltung in der Gesellschaft zu fördern. Überzeugungsarbeit zur Notwendigkeit von Massnahmen könne manchmal scheitern. Ausnahmesituationen wie die Coronakrise erzeugen immer starke Gefühle und Reaktionen. (sda)

Noch kein Abo?

Jetzt gleich bestellen!
Abohotline +423 236 16 61



www.vaterland.li

Roeckle
H O L Z

Gesucht
Zimmermann (m/w) als
Verkaufsmitarbeiter
Holzwerkstoffe / Massivholz /
Hobelwaren

www.roeckle.li/stellen